

# Vollesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen.  
Nr. 444. für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 109.



Wegweiser f. Halle u. Umgegend 2.50 M., durch d. Post bezogen 3 M. f. b. Vierteljahr. **Verantwortl. Redakteur:** Dr. G. G. G. **Verleger:** G. G. G. **Druck:** G. G. G. **Vertrieb:** G. G. G.

**Zweite Ausgabe**

**Verleger:** G. G. G. **Druck:** G. G. G. **Vertrieb:** G. G. G.

**Geschäftsstelle in Halle a. S., Leipzigerstr. 87, Hinterhaus.**  
Telephon 158; Redaktion Telephon 1272. **Eng. G. Braunhauser.**  
Schriftleitung: Dr. Walter Gebenleben in Halle a. S.

**Sonnabend, 22. September 1906.**

**Geschäftsstelle in Berlin Dessauerstr. 14.**  
Telephon-Hint VI a Nr. 11 494.  
Druck und Verlag von Otto Ziehe in Halle a. S.

## Deutsches Reich.

Halle a. S., 22. September.

**Der braunschweigische Landtag** wählte die bisherigen Präsidenten wieder und beschloß, die Antwort auf die Eröffnungsrede heute festzustellen. Die sodann gewählte staatsrechtliche Kommission wurde mit der Ausarbeitung eines Entwurfes für die Antwort beauftragt.

**Die Festlichkeiten in Karlsruhe.** Der Großherzog und die Großherzogin empfingen Freitag vormittag die in Karlsruhe anwesenden Militärabteilungen. Hierauf folgten Empfänge von Abordnungen der größeren Städte des Landes, die eine Silbergabe überreichten; sodann wurden die Vertreter der drei Hochschulen des Landes und der Akademie der bildenden Künste empfangen, eine Abordnung der Hochschulen und schließlich die Studierenden der drei Hochschulen. Um 4 Uhr unternahm das großherzogliche Paar trotz des ungünstigen Wetters eine Rundfahrt durch die Stadt.

Freitag abend besuchten der Großherzog und die Großherzogin, der Kronprinz und die Kronprinzessin von Sachsen und die übrigen anwesenden Fürstlichkeiten die Aufführung eines Festspiels im Hoftheater bei. Beim Erscheinen der höchsten Herrschaften prallte der Jubelsturm überaus stark auf das großherzogliche und das kronprinzliche Paar aus, in das die Versammelten begeistert einmündeten.

**Eine altarmutige Jubiläumshuldigung.** Der Heidelberger Zentrumserzkanzler, **Katholischer Kanton** hat folgendes Telegramm an den Großherzog und die Großherzogin von Baden abgefaßt:

„Aus der frühesten Blüte finden die zur Festfeier versammelten Angehörigen des 400 Familien umfassenden Zentrumserzkanzlers Katholischer Kanton Heidelberg jubelnden Glückwunsch. In Treue und Ehrfurcht stets unerschütterlich, sind wir Katholiken durchdrungen von der Lebensregung, das volle Vertrauen und die Begleitung eines Landesherzogs zu verdienen. Wir wagen daher an dem heutigen denkwürdigen Familienfeste die Schenkung zu durchdringen und unmittelbar die Bitte vorzutragen, es möge als fürstliches Jubiläumsmessing dem katholischen Volke sein lange verlagertes innigeres Herzogenwunder erfüllt werden. Gewiß wird nur reicher Segen für Sie und Vaterland daraus erwachsen. Möge unsere glückliche Landesmutter die Bitte gnädigst unterstützen. Der Vorstand: Diez, Oberamtsrat.“

Darauf ist das folgende kühle Antworttelegramm eingetroffen:

„I. S. D. der Großherzog und die Großherzogin lassen für die übermütigen Glückwünsche bestens danken.“

Das Antworttelegramm wird bei den Heidelberger Zentrumskreisen vermutlich keinen „Zubel“ erwecken haben. Man darf ihnen jedoch das Zeugnis ausstellen, daß ihr von Selbstlob triefendes und von Lebenswürdigkeits trotziges Telegramm mit dem Wunsch nach Männerflöhen in seinen Eindruck nicht verfehlt hat.

**Unterrichtsurse für städtische Subalternbeamte** will der Königsberger Magistrat der „Königlichen Stadtverwaltung“ zufolge einrichten. An denselben haben sämtliche in der Ausbildung begriffene Militär- und Zivilanwärter pflichtgemäß teilzunehmen.

Die Unterrichtsgegenstände werden sich auf folgende Fächer erstrecken: Darlegung der grundlegenden juristischen Begriffe des Personen-, Sachen-, Vertrags-, Familien- und Vormundschaftsrechts, sowie der wichtigsten Punkte der Geschäftsvorfahrung, Verwaltungs-, Organisations der Verwaltungsbehörden, Erläuterungen der Hauptaufgaben des Magistrats- und Kreisverwaltungsleiters, des Wesens der parlamentarischen Verfassung, die Aufgaben der Stadthauptämter, der Nebenämter und des Depositariums, Schulwesen, die Grundzüge der Armenverwaltung, der Steuerverwaltung, die wesentlichen Bestimmungen über Verwaltungsverfahren und die Bauverwaltung, die Schulgesetzgebung, die wesentlichen Bestimmungen der Reichsversicherungsstelle, der Gewerbegesetzgebung und der Aufgaben der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, Einbild in die allgemeine Verwaltung (Schmiederei, Stadtschulz, Wahlen etc.).

**In fünfzig Jahre deutschen Wirtschaftslebens** schreibt Professor Dr. C. Guber: „Es läßt sich von Jahr zu Jahr verfolgen, wie sich der Konsumenten- und Konsumentenkreis entgegen der sozialistischen Annahme nicht verringert, sondern vielmehr erweitert, oder wie die Stellung der Unternehmer bei der zunehmenden Konsumtenüberflutung immer schwieriger wird und der Unternehmerverdienst nicht die Tendenz zu steigen hat, sondern seit Jahrzehnten fällt, wie insbesondere der Arbeitslohn selbst in den Jahren des größten Geschäftsdrecks im großen und ganzen nicht, wie die Sozialisten annehmen, gesunken, sondern stetig gestiegen ist. Das eben erwähnte, periodenweise sich wiederholende Zurückweichen der Arbeiterklasse findet tatsächlich schon seit länger als drei Jahrzehnten, wenigstens im Deutschen Reich, nicht mehr statt. Im Gegenteil, die Arbeitslosigkeit und der Arbeitslohn werden auch von den Seiten des Geschäftsdrecks kaum berührt; die Sicherheit und die Höhe des Arbeitsverdienstes hat sich in den letzten Jahrzehnten unvorstelllich gehoben.“

Professor Guber ist Syndikus der Handelskammer in Stuttgart und kam zu diesem Ergebnis auf Grund einer dreißigjährigen unangenehmen Beobachtung des Wirtschafts-

lebens, auf Grund von fortlaufenden, unter der ständigen Kontrolle der Deutschen lebenden Erhebungen und gestützt auf die persönliche Ausmittel einer außerordentlich großen Anzahl von Kaufleuten und Industriellen.

**Durchschnittslöhne der Bergarbeiter im Oberbergamtsbezirk Dortmund.** In Nr. 213 des „Reichsanzeigers“ vom 8. d. Mts. werden die Löhne der Bergarbeiter in den Haupt-Verbandsbezirken Preußens im 2. Quartal 1906 veröffentlicht. Diese Statistik zeigt, daß die Tendenz der Löhne zum Aufsteigen im Mehrere auch in diesem Quartal angehalten hat. Der Durchschnittslohn sämtlicher Bergarbeiter stetig pro Arbeiter und Schicht von 4.17 M. im ersten Quartal 1906 auf 4.26 M. im 2. Quartal, im Vergleich mit anderen Meinen sei angeführt, daß in den Staatsbetrieben des Saarreviers der gleichen Löhne im 2. Quartal 1906 3.84 M., im 1. Quartal dagegen 3.85 M. betragen und gegen den Durchschnitt von 1905 eine Steigerung um 4 Pfg. erfahren. Was die unterirdisch beschäftigten Bergarbeiter betrifft, so liegt deren reiner Lohn pro Kopf im Oberbergamtsbezirk Dortmund von 4.84 M. als Jahresmittel 1905 auf 5.14 M. im 2. Quartal, somit um 30 Pfg., während sich die entsprechenden Zahlen in den Staatsbetrieben des Saarreviers auf 4.29 M. auf 4.35 M. stellen, somit eine Steigerung von 6 Pfg. erfolgte. Sonstige unterirdisch beschäftigte erwachsene Arbeiter erhielten im Ruhrrevier im 2. Quartal 1906 an reinem Lohn pro Kopf 3.56 M., als Jahresmittel 1905 dagegen 3.40 M., also eine Steigerung um 16 Pfg. Das Verhältnis für das Saarrevier stellt sich für die gleiche Lohnkategorie auf 3.19 M. auf 3.16 M.

**Die diplomatische Konferenz zur internationalen Arbeiterschaft** in Bern erörterte in ihrer Plenarsitzung am Freitag den Entwurf zu einer Konvention über das Verbot der Frauennacharbeit in den industriellen Betrieben, insbesondere der Frage der Ausübung der Konvention, ihrer Dauer und Anwendung. Es wurde kein Beschluß gefaßt, da mehrere Beratungen, auch die deutsche und österreichische, die behaft der heutigen Sitzung fernblieben, erst die Intentionen ihrer Regierungen abwarten müssen. Die nächste Sitzung ist auf den 25. September anberaumt. Man hofft, bis dahin die vorhandenen Schwierigkeiten beseitigen zu können. Am Montag geht sich die Konferenz auf Einladung des Bundesrates nach Interlaken.

**Wohldat: Der „Meteor“.** Das Österreichische Bureau meldet aus London: Wir haben festgestellt, daß die Tatsachen, die mit der jüngst erfolgten Ankunft des Hamburger Dampfers „Meteor“ in Zusammenhang stehen, folgende sind: Vor allem ist die Behauptung, daß der Dampfer angezündet worden sei, den Hafen zu verlassen, durchaus unbegründet. Der „Meteor“ fuhr am 17. September früh 9 Uhr in den Hafen ein, postierte den Ankerplatz für Kaufleute und verlor ohne Erlaubnis die Boje Nr. 5 aufzunehmen, welche eine der den Kriegsschiffen vorbehaltenen Bojen ist. Der Kommandeur des Königs ließ dem „Meteor“ sagen, daß er nicht da bleiben könne, wo er sei, sondern weiter herausfahren müsse, womit er meinte: nach dem Ankerplatz der Handelschiffe. Auf Empfang dieser Mitteilung fuhr der „Meteor“ in die See hinaus. Dieses Vorgehen seitens des „Meteor“ war unregelmäßig und gefährlich. Tatsächlich kam der „Meteor“ nahezu quer vor den Bug des englischen Kreuzers „Spartiate“, denn der Hafen war sehr voll. Wenn es bekannt gewesen wäre, daß der „Meteor“ komme, würde er alle Erleichterungen, die der Hafen bietet, genossen haben und da er tatsächlich eine Taat ist, würde ihm ein Ankerplatz zugeteilt worden sein. Es ist zu bemerken, daß der Kapitän des „Meteor“ das Schiff bei starker Anker selbst herbeibrachte und einen Koffen erst auf der Höhe des Victoria-Turms nahm, was ein unregelmäßiges Vorgehen war. Tatsächlich verließ der „Meteor“ die Boje und mußte Anker werfen.

**Ein Stimmungsbild aus Singapur.** Von einem genauen Kenner der Verhältnisse in Singapur wird der „Nord. Allg. Ztg.“ geschrieben:

In einem „Ein Stimmungsbild aus Singapur“ überschriebenen Artikel bringt der „Charitativ Club“ vom 10. August die recht pessimistisch gefärbte Zukunft eines ungenannten Einfinders über die gegenwärtige wirtschaftliche Lage in unterem chinesischen Schicksel. Auf die allgemein gebilligten Angaben, daß das Einfindungslohn so gut wie ganz ruhe, daß die Ausfuhr bisher nicht den erhofften erheblichen Gewinn erbracht habe usw., soll nicht eingegangen werden. Gegenüber diesen ohne jede nähere Begründung aufgestellten Behauptungen ist man gut, auf die amtlichen Desinfektions- und Sanitätsamt-Etat zurückzugehen, in denen auf Grund statistischer Materials nachgewiesen ist, daß die Handelsverhältnisse im Schicksel durchaus jene günstige Entwicklung genommen haben, die bei richtiger Beurteilung der Lage richtig werden konnte. Dagegen bedürfen die Angriffe, die gegen die Wohnungsverhältnisse des Gouvernements, gegen die Ausgestaltung der Kanalisation und der Wasserleitung, sowie gegen den Schlachthausbau erhoben werden, einer besonderen Widerlegung. Der Einkommensteuern, daß jetzt in Singapur viele Wohnungen leer stehen, und nicht dem Gouvernements vor, daß es trotzdem mit dem Bau von Privatwohnungen fortfahre; das Zerfallen von Wohnungen führt er zum Teil darauf zurück, daß die Beamten jetzt nicht mehr die Wohnung in natura, sondern eine Wohnungsgegenständlichung erhalten, daß diese Entschädigung völlig unzureichend ist, und daß sich daher selbst dieser geübte Beamte mit billigeren Räumen begnügen. Das letztere ist richtig; es hat aber damit folgende Bewandnis. Im den anfänglichen vor-

handenen Wohnungsmangel abzuheben, unternahm das Gouvernment im Verein mit einem Baumeister, den Bau von Wohnungen. Das Unternehmen hatte guten Erfolg; nach der letzten Jahreszählung entfiel auf den Kapitalanteil des Gouvernements ein Ueberfluß von 8 Proz., und der Wohnungsmangel wurde weniger spürbar. Immerhin konnte der Wohnungsmangel nicht in kurzer Zeit gänzlich abgeholfen werden; die Nachfrage überstieg nach wie vor das Angebot, und die Wohnungspreise erreichten eine übermäßige Höhe. Das Gouvernment war nicht in der Lage, die Preise auf eine angemessene Höhe herabzubringen, denn es war verpflichtet, den Beamten gegen Zahlung eines dem heimischen Verhältnissen entsprechenden Mietzinses angemessene Unterkunft in bestimmtem Umfang zu gewähren, und befand sich daher in einer gewissen Abhängigkeit von den privaten Hausbesitzern, denen es die geforderten Preise stets bezahlen mußte. Bei dieser Sachlage konnte das Gouvernment, um eine weitere Preissteigerung zu verhindern, nichts anderes tun, als den Anspruch der Beamten auf Gewährung angemessener Unterkunft zu befestigen und ihnen dafür eine Wohnungsgegenständlichung zu gewähren. Die Beamten haben nunmehr selber für ihre Unterkunft zu sorgen; die Folge ist, daß sie sich kein etwas mehr einfinden, d. h. die Wohnungen finden und die teuren mieten, weil jede Erparnis am Mietzins jetzt ihnen selbst zugute kommt. Damit wird erreicht, daß die Mietpreise auf eine angemessene Höhe herabzusenken und auf dieser Höhe gehalten werden können. Die umgebende Wohnungsbevölkerung wird dadurch befreit. Die den Beamten gewährte Wohnungsgegenständlichung ist keineswegs — wie der Gouvernementsrat des „Charitativ Club“ behauptet — unzureichend; sie ist dergestalt bemessen worden, daß sie zusammen mit dem von den Beamten in ungenügender Höhe der bisher gezahlten Mieten beizubehaltenen Betrag den Durchschnitt der bisherigen Mietpreise (1905) erreicht. Der Einkommensteuern ist ferner darüber, daß die dem Gouvernment im geschäftlichen Interesse hergestellte Anlage der Kanalisation, Wasserleitung, Schlachthaus — zu weitläufig gebaut seien; man habe hier dem kleinen Jungen Großvaters wieder einen „Gezogen“. Natürlich müßte die Bevölkerung der Unterhaltungsstellen für diese Anlagen zahlen, und alle Ausgaben rufen auf den Schultern der unteren Klassen. Diese Vorwürfe sind durchaus unzutreffend. Bekanntlich können bei der Kanalisation einer Stadt so weitläufige Einrichtungen wie die hier in Rede stehenden nicht nach dem gegenwärtigen Bedürfnis zugemessen, es muß vielmehr von vornherein auf die voraussichtliche Entwicklung des Platzes Rücksicht genommen werden. Wie unbedeutend der Aufwand einer so weitläufigen Anlage ist, erhellt am besten daraus, daß die Kanalisation hier schon jetzt als feinsinnig nach Verlauf von hundert Jahren“, als unzureichend erwiesen hat, so daß der Bau eines neuen Wasserwerks in Aussicht genommen werden muß. Auch die Kanalisation ist keineswegs so umfangreich angelegt. Regenwasserkanäle müssen abgebaut werden, um die großen Niederschläge aufzunehmen. Andererseits hätten die Abwässerung und die Verbesserung der Gesundheit der Bevölkerung durch die Kanalisation nicht festgelegt werden können. Bei der Schmutzwasserkanalisation sind die Aborte nach einem dem Gelände angepaßten System verlegt worden, das eine Erweiterung zuläßt, aber eine Ueberhebung ohne Anschaffung einzelner Gebäudegruppen oder späterer Aufhebung ausföhrlich nicht gestattet. Die Verhältnisse der Abwässerung zur Gesundheit der Bevölkerung sind für die gesamte Bevölkerung von hervorragendem Wert. Daß die Unterhaltungsstellen in erster Reihe der Bevölkerung zur Last fallen, ist unzutreffend. Der größere Teil des Reiches wird von der Befugnis entnommen und dem Gouvernment mit Preisen bezahlt, in denen auch die Schmutzwasserkanalisation enthalten sind. Allerdings ist auch die Behauptung, daß alle Wohnungen im inneren Teil der Bevölkerung zur Last fallen, soweit es sich nicht um die äußeren handelt, die als spezielles Gegenstück für eine bestimmte Leistung des Staates entrichtet werden, treffen die im Schicksel erhobenen Ausgaben vornehmlich die wohlhabenderen Klassen; so die Feuersteuer, die Wertgegenstandssteuer und die Zugssteuer.

## Webel „brennt“ weiter.

In der „Neuen Zeit“ gibt nach alter Gewohnheit Webel dem bevorstehenden Parteitag seine maßgebenden Richtlinien. Dabei macht er seinen Lesern weiß, die „Gegner“ lägen auf der Lauer und erwarteten mit Schmach die Zuspaltung der Sozialdemokratie oder mindestens eine Trennung der Gewerkschaften von der Partei. Daß höchstens die Helfershelfer der Sozialdemokratie solche unangenehme Hoffnungen zum Ausdruck bringen, weiß Webel natürlich genau; aber er macht sich den Bemühen „Ärzen“ zu recht, um die Gewerkschaftsführer damit zu schrecken und sie zu friedlichen Auftreten zu bewegen. Zu diesem Sinne schreibt er:

„Diesmal ist es die Differenz zwischen dem Parteivorstand und der Generalkommission der Gewerkschaften in den Verhandlungen über einen möglichen Manifestentwurf, die seit Monaten alle gegnerischen Ärzen in Tätigkeit setzt. Wie ich es schon in der „Neuen Zeit“ mehrfach ausgesprochen habe, diese Differenzen aufzulösen in der Hoffnung, daß der Einfluß des ausreißenden Gebers und Schürers zu erweitern. Ihre Hoffnung geht diesmal dahin, daß, wenn nicht die Partei, so doch die Gewerkschaften in zwei feindliche Lager zu trennen.“

Weder Webel werden zum ja so ist vielen Male entfallen, daß sie wiederum die Bedeutung eines Werts machte, und das Entbreiten der Aussprache nicht eine Entfaltung der beiden die moderne Arbeiterbewegung beherrschenden Faktoren ist, sondern ein besseres Versehen und Zusammengehen. Der Selbstmord, den unsere Gegner von Partei und Gewerkschaften erwarten, wird ausbleiben und eine feste Selbstständigkeit der beiden die Folge sein. Der gläubigste unsere Gegner, daß im Ansehn der inner schärfer werdenden Klassenverhältnisse und Klassenkämpfe, der immer brutaler auftretenden Massenjustiz und Polizeimacht, unter der die Gewerkschaften mit am meisten leiden; gegenüber der immer größer werdenden Reaktion auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, der immer mehr sich ausbreitenden Reaktion der Arbeiterklasse, der immer mehr sich ausbreitenden Klassenjustiz und Polizeimacht und daraus folgender unzureichender Ver-



— Deffau, 21. Sept. (Von einem Hunde ger...)

Landwirtschaftliches. — Der Nr. 38 der Landwirtschaftlichen Wochenchrift...

Die Landwirtschaftsversammlung für das Gesamtgebiet...

Letzte Telegramme.

Berlin, 20. Sept. Dem „Berl. Tagebl.“ zufolge hat der Senat...

Weiter-Kurslisten auf Grund der Berichte der Deutschen Gewerke...

Börsen- und Handelsteil. Allgemeines.

Die Ostpreussische Spiritus-Actien-Gesellschaft in Berlin...

Die in der Sitzung des Aufsichtsrates der Aktiengesellschaft...

Paris, 21. Sept. Spiritus stetig, September 44,75, Oktober...

B. Tiere und tierische Produkte. Schlachtviehmärkte.

Magere Viehmärkte in Friedrichsfelde. (Mittelt.)

Die in der Sitzung des Aufsichtsrates der Aktiengesellschaft...

